

Robert Gunderlach

Rund 46 400 Menschen mussten in Stuttgart 2011 von Sozialer Mindestsicherung leben

„Wenn eine freie Gesellschaft nicht den vielen Armen helfen kann, so kann sie auch nicht die wenigen Reichen schützen.“

John F. Kennedy in seiner Antrittsrede als US-Präsident, 1961

Gesellschaftlicher Hintergrund

Ökonomisierung der Gesellschaft

„Wohlstand ist“, so hat Alexander von Humboldt bereits im 19. Jahrhundert einmal gesagt, „wenn man mit Geld, das man nicht hat, Dinge kauft, die man nicht braucht, um damit Leute zu beeindrucken, die man nicht mag.“ Wir leben heute in Deutschland in einer modernen Wohlstandsgesellschaft, wenn auch vielfach auf Pump also auf Kredit sprich Schulden gebaut. „Ohne den Hedonismus der Massen – also ohne dass Menschen konsumieren, bevor sie verdient haben, was sie ausgeben – wären moderne Volkswirtschaften in einem Zustand der ständigen Depression.“ (Dahrendorf, 1987, S. 183). Und weiter schreibt der deutsch-englische Soziologe Dahrendorf, dass „die alten mittelständischen Werte der aufgeschobenen Befriedigung, des heute Sparens und morgen Genießens, ... den Werten der vorweggenommenen Befriedigung, also des Lebensgenusses heute und des Zahlens morgen oder nie, Platz gemacht (haben).“ In dieser wenig nachhaltigen Zukunftsanleihe sieht Dahrendorf bereits vor einem viertel Jahrhundert den sogenannten „neuen“ Kapitalismus (Reaganomics; Thatcherismus) heraufziehen, der dann in der Finanzkrise 2008 seinen vorläufigen Höhepunkt erreicht hatte.

Die Stiglitz-Kommission und die EU haben vorgeschlagen, Wohlstand künftig nicht nur als materiellen Wohlstand über das Bruttoinlandsprodukt (BIP) zu messen, sondern auch Indikatoren der Lebensqualität mit einzubeziehen – also beispielsweise Gesundheit, Bildung, Sicherheit, Umwelt, sozialer Zusammenhalt sowie zusätzlich zu objektiven auch subjektive Indikatoren (Einstellung und Bewertung).

Neue soziale Ungleichheit

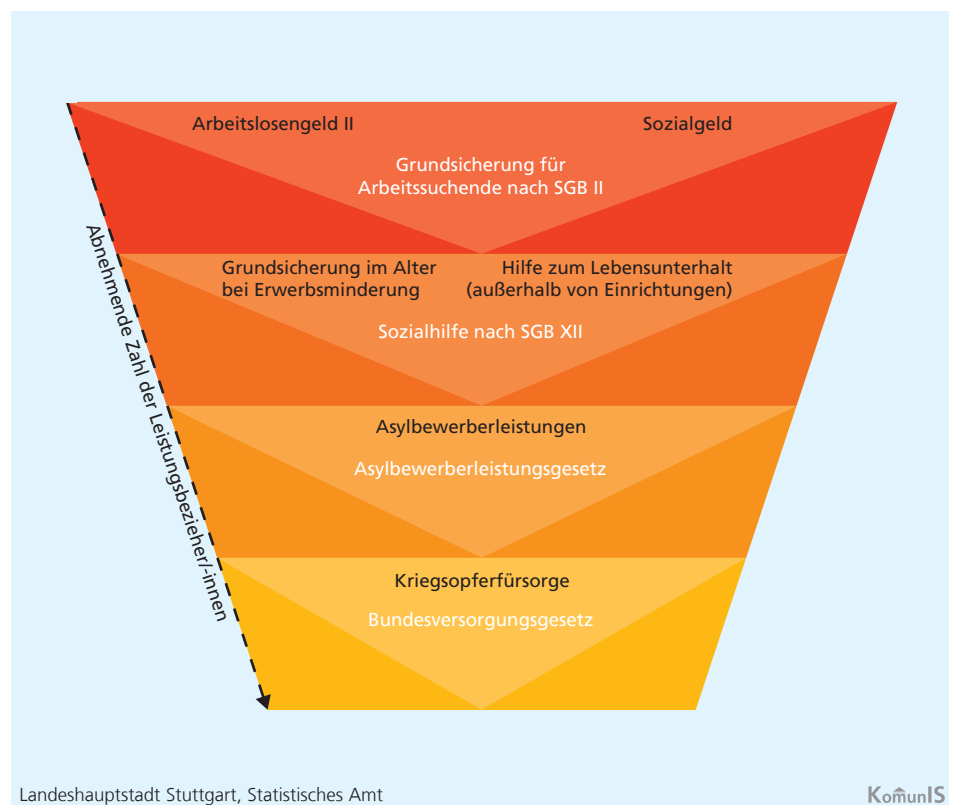
Gegenwärtig lebt die Diskussion über die Sozialstruktur und deren Analyse in Deutschland auch außeruniversitär wieder auf. Wir leben in einem modernen Wohlfahrtsstaat, der vor allem – aber nicht nur – materielle Armutsrisiken in der Wohlstandsgesellschaft bekämpft. Die Ungleichheit selbst wird dabei nicht aus der Welt geschafft. Die neue soziale Ungleichheit in Deutschland durch die neue Umverteilung ist erst jüngst vom Historiker Hans-Ulrich Wehler (Wehler, 2013) als eine abermals neue historische Tatsache angesprochen worden, ausgelöst durch das neoliberale Wirtschaftsverständnis und den entfesselten Finanzmarktkapitalismus. Die Daten und Indikatorensets zu den Folgen (Wohlstandskluft) liegen der amtlichen Statistik seit langem vor, etwa durch die amtliche Sozialberichterstattung des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de) und der Statistischen Ämter der Bundesländer sowie durch die Armuts- und Reichtumsberichte der Bundesregierungen der letzten Jahre.

So ist etwa öffentlich im Internet die sogenannte Einkommensreichumsquote zugänglich. Diese wird gemessen als Anteil derjenigen, die über 200 Prozent und mehr des Bundesmedian der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung in Deutschland an Einkommen (nicht Vermögen) verfügen. Bundesweit liegt diese Einkommensreichumsquote bei 8,1 Prozent, in Baden-Württemberg liegt sie bei 10,1 Prozent.

Armutsgefährdungsquoten 2011:
bundesweit 15,1 Prozent;
landesweit 11,2 Prozent;
Stuttgart 15,1 Prozent

Die Armutsgefährdungsquote, das sind 60 Prozent des bundesweiten Mediandurchschnittseinkommens, betrug 2011 bundesweit 15,1 Prozent, in den neuen Bundesländern (incl. Berlin) 19,5 Prozent und in den alten Bundesländern 14,0 Prozent (Statistisches Bundesamt, 2013). In den Bundesländern reicht die Spannweite der Armutsgefährdungsquote von 22,3 Prozent im Stadtstaat Bremen bis zu 11,2 Prozent im Bundesland Baden-Württemberg (vgl. Karte auf Seite 45). 23,4 Prozent oder jeder vierte junge Bundesbürger im Alter von 18 bis 24 Jahren ist hiervon betroffen (Männer 21,9 % und Frauen 25,0 %). Die Armutsgefährdungsquote bei Alleinerziehenden lag 2011 bei 42,3 Prozent und bei den Arbeitslosen noch deutlich höher bei 58,7 Prozent. Das bedeutet: Junge Menschen, Alleinerziehende und Arbeitslose sind die Hauptbetroffenen, wenn wir über Armutsgefährdung reden. In der Landeshauptstadt Stuttgart war 2011 die Armutsgefährdungsquote höher als im Land und gleich wie im Bund bei 15,1 Prozent – 2005 lag sie noch bei 13,0 Prozent und 2008 bei 14,2 Prozent (Paritätischer Wohlfahrtsverband 2012, S. 10 und Statistisches Bundesamt). Die Armutsgefährdung beträgt monatlich nach dem Mikrozensus netto 848 Euro für Einpersonenhaushalte und für einen vierköpfigen Familienhaushalt 1781 Euro (in Baden-Württemberg entsprechend 925 Euro oder 1943 Euro). Wer darunter verdient, ist nach diesem Schwellenwert gegenüber dem Medianwert als armutsgefährdet einzustufen.

Abbildung 1: Zur Sozialen Mindestsicherung gehören:



Soziale Mindestsicherung Teil der
„Versorgungsklassen“

Dass die Soziale Marktwirtschaft neue Armutslagen überhaupt hervorbringt, ist genauso wahr wie unerfreulich, aber auch die große Herausforderung der Zeit, insbesondere für die gesellschaftlichen Institutionen Staat, Kommunen und Wohlfahrtsverbände. Klassen, Schichten und soziale Milieus sind Kategorien der Sozialstrukturanalyse. Die grundlegenden „marktbedingten Klassen“ sind beispielsweise Erwerbsklassen, Besitzklassen, Berufsklassen, Soziale Klassen (wie Heiratskreise) usw. Diese sind von Lorenz v. Stein und Max Weber begrifflich eingeführt worden. Die auf Transferleistungen beruhenden „Versorgungsklassen“ (vor allem Rentner, Pensionäre, Grundsicherungsempfänger) hat der Heidelberger Soziologe M. Rainer Lepsius im Anschluss an Max Weber vorgestellt. Der Begriff der „marktbedingten Klassen“ impliziert überdies „Phänomene der Machtverteilung“ wie zum Beispiel unterschiedlicher Zugang und ungleiche Teilhabe zu und an öffentlichen Gütern,

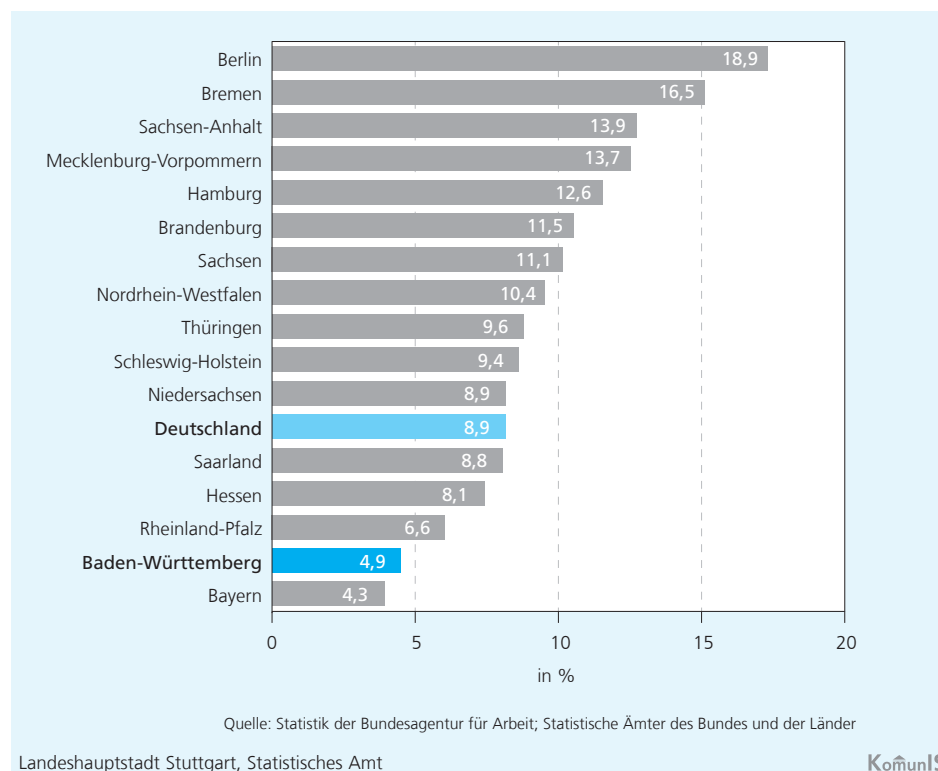
Dienstleistungen und Transferleistungen. Dabei geht es sowohl um ökonomischen wie symbolischen Profit, Gewinn und Nutzen – also um Geld, Vermögen, Kapital, Netzwerke, Bildung, Wissen, Zugang zu Ressourcen, Lebensstil und Lebensart, Titel, Status und soziale Wertschätzung – die zur sozialen Abgrenzung (Distinktion) benutzt werden, wie der französische Soziologe Pierre Bourdieu aufschlussreich gezeigt hat. Die Bezieher von Sozialer Mindestsicherung sind soziologischer Bestandteil der gesellschaftlichen Versorgungsklassen.

Soziale Mindestsicherung in Bund und Land

2011: Bundesweit 7,3 Mio. Menschen auf Soziale Mindestsicherung angewiesen ...

Zum Jahresende 2011 erhielten rund 7,3 Mio. Menschen in Deutschland Transferleistungen als Soziale Mindestsicherung zur Sicherung des Lebensunterhalts (Pressemitteilung 383/12 des Statistischen Bundesamtes vom 7.11.2012 und 4. Armuts- und Reichtumsbericht). Damit ist die Empfängerquote in der Bundesrepublik mit 8,9 Prozent auf dem tiefsten Wert seit 2006 gesunken. Dennoch ist die Zahl von bedürftigen Menschen, die unterstützt werden müssen, beachtlich hoch. Jeder elfte Einwohner in Deutschland oder 89 von 1000 Einwohnern befand sich demzufolge 2011 im Auffangnetz der Existenzsicherung. Seit 2006 sind die Empfängerquoten der Sozialen Mindestsicherung zur Sicherung des Lebensunterhalts in den Bundesländern erfreulicherweise zwischen 0,4 und 4,1 Prozentpunkte zurückgegangen – am deutlichsten in Mecklenburg-Vorpommern, am wenigsten in Nordrhein-Westfalen. Wiewohl die neuen Bundesländer insgesamt den größten und die alten Bundesländer die kleinsten prozentualen Rückgänge zu verzeichnen hatten.

Abbildung 2: Quote der Leistungsempfänger von Sozialer Mindestsicherung 2011 in den Bundesländern



... landesweit 527 000 Menschen in der Sozialen Mindestsicherung

Im Bundesland Baden-Württemberg waren 2011 zirka 527 000 Menschen auf Transferleistungen der Sozialen Mindestsicherung angewiesen. Die Leistungsempfängerquote der Sozialen Mindestsicherung sank im „Ländle“ damit auf 4,9 Prozent. Nur das Nachbarbundesland Bayern steht mit 4,3 Prozent, aber 546 000 Leistungsempfängern relativ besser da. Spitzenreiter ist das Land Berlin mit 18,9 Prozent oder 661 000 Menschen. Berlin hat damit mehr Mindestsicherungsempfänger, als Stuttgart Einwohner hat. In Nordrhein-Westfalen sind trotz des Rückgangs immer

2011: Bundesweit 4,4 Mio. ALG II-Empfänger und 1,7 Mio. Sozialgeldempfänger (Kinder und Jugendliche)

noch 1,86 Mio. Menschen oder 10,4 Prozent in der Sozialen Mindestsicherung – so viel wie Köln und Dortmund zusammen Einwohner haben.

Etwa 84 Prozent der 7,3 Mio. Leistungsempfänger in Deutschland sind 2011 in „Hartz IV“, das heißt rund 6,1 Mio. Menschen in Deutschland leben von Grundsicherung nach dem zweiten Sozialgesetzbuch entweder von Arbeitslosengeld II (4,4 Mio. = eine Quote von 5,4 %) oder von Sozialgeld (1,7 Mio. = eine Quote von 2,1 %), meist für deren Kinder bis 15 Jahren. Seit 2006 ist die Zahl der Hartz IV-Empfänger bundesweit um 16 Prozent gesunken. Weitere 952 000 Personen mussten 2011 Sozialhilfe nach dem Zwölften Sozialgesetzbuch in Anspruch nehmen, entweder als Hilfe zum Lebensunterhalt oder Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Deren Zahl stieg seit 2006 bundesweit um 24,7 Prozent.

Unter den 4,4 Mio. ALG II-Beziehern in Deutschland sind nach einer Studie der Nürnberger Arbeitsagentur 1,08 Mio. Dauerbezieher, die seit Einführung von „Hartz IV“ im Jahre 2005 Leistungen beziehen, darunter nicht nur 300 000 schwer vermittelbare Langzeitarbeitslose, die häufig aus gesundheitlichen Gründen nur weniger als drei Stunden täglich arbeiten können, sondern auch Aufstocker, die zu wenig zum Leben verdienen, Bedarfsgemeinschaften und Alleinerziehende, die wegen der Erziehung von Kindern nicht erwerbstätig sind („Eine Million mal Hoffnungslosigkeit“, Spiegel online, 7.3.2013).

Soziale Mindestsicherung in Stuttgart

Rückgang auf 46 400 Transferleistungsempfänger

In der Landeshauptstadt Stuttgart erhielten zum Ende des Jahres 2011 rund 46 400 Stuttgarter Einwohner Transferleistungen aus der Sozialen Mindestsicherung. Die Leistungsempfängerquote 2011 ist mit 8,1 Prozent gegenüber 2010 mit seinerzeit 8,7 Prozent deutlich niedriger. 2011 gegenüber 2010 sind in Stuttgart 2636 Personen weniger in der Sozialen Mindestsicherung – ein Rückgang um 5,4 Prozent. Dennoch liegt die Empfängerquote in Stuttgart nur geringfügig unter dem Bundesdurchschnitt (8,9 %) und weit oberhalb des Landesdurchschnitts (4,9 %).

Empfänger von Leistungen der sozialen Mindestsicherung in Stuttgart 2011 nach Leistungsarten zeigt nachfolgende Tabelle 1: Von den insgesamt 46 362 Mindestleistungsempfängern oder 8,1 Prozent der Gesamtbevölkerung (anders ausgedrückt: 81 von 1000 Menschen) lebten in Stuttgart 37 775 Personen oder 81,5 Prozent der Bezieher Sozialer Mindestsicherung von „Hartz IV“ sowie Sozialgeldleistungen für die Kinder unter 15 Jahren von „Hartz IV“-Haushalten. Damit sind 6,6 Prozent der Gesamtbevölkerung (66 von 1000 Menschen) in Hartz IV. 1,3 Prozent der Einwohner Stuttgarts erhielten 2011 laufende Sozialhilfe sowie Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. 0,1 Prozent waren auf Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz angewiesen. Die Zahl der Leistungsempfänger von Kriegsopferfürsorge fehlen 2011, da diese nur alle zwei Jahre erhoben werden (2010 betraf dies 206 Personen).

Des Weiteren erhielten noch 10 060 Stuttgarterinnen und Stuttgarter zum Stichtag 31.12.2011 Sozialleistungen, die zwar nicht zur Sozialen Mindestsicherung gehören, jedoch eine wichtige Stütze für ihr „Leben in Würde“ darstellen. Der Betroffenenkreis setzt sich überwiegend zusammen aus Eingliederungshilfe für 4264 behinderte Menschen, sowie 3694 Menschen, die Hilfe zur Pflege bedürfen. Diese beiden Empfängergruppen machen mit 7958 Personen vier von fünf oder 79,1 Prozent der Leistungsempfänger nach dem 5. bis 9. Kapitel des SGB XII aus (vgl. Tabelle 9).

„Das Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums aus Art. 1 Abs. 1 GG in Verbindung mit dem Sozialstaatsprinzip des Art. 20 Abs. 1 GG sichert jedem Hilfebedürftigen diejenigen materiellen Voraussetzungen zu, die für seine physische Existenz und für ein Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben unerlässlich sind.“
Aus: Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zu Hartz IV vom 09.02.2010

Tabelle 1: Empfänger von Leistungen der Sozialen Mindestsicherung 2011 in Stuttgart nach Leistungsarten

Leistungsart	2011	
	Anzahl	Anteil an der Gesamtbevölkerung ³ %
Leistungen nach dem SGB II		
Empfänger ALG II	27 068	4,7
Empfänger Sozialgeld (überwiegend Kinder bis zum 15. Lebensjahr)	10 707	1,9
Leistungen nach dem SGB XII		
Empfänger HLU außerhalb von Einrichtungen	707	0,1
Empfänger Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	7 093	1,2
Empfänger Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	787	0,1
Empfänger laufende Leistungen der Kriegsopferfürsorge ¹	-	
Insgesamt	46 362	8,1
Nachrichtlich: Leistungsempfänger 5. - 9. Kapitel SGB XII ²	10 060	1,8

¹ Die Zahl der Leistungsempfänger von Kriegsopferfürsorge werden nur alle 2 Jahre erhoben.

² Gehören nicht zur Sozialen Mindestsicherung, sind jedoch wichtige Sozialleistungen. Die in den Kapiteln 5 bis 9 SGB XII zusammengefassten Hilfen sind: Hilfe zur Gesundheit, Eingliederungshilfe für behinderte Menschen, Hilfe zur Pflege, Hilfe zur Überwindung sozialer Schwierigkeiten und anderer.

³ Bevölkerung am Hauptwohnsitz zum 31.12.2011: 573 104.

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt

KoMuNIS

36

Rückgang in Stuttgart vor allem bei Empfängern von ALG II und Sozialgeld – Anstieg bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Seit 2005 ist mit einem Anteil von 8,5 Prozent oder 47 436 Personen die Mindestsicherungsquote in der Landeshauptstadt Stuttgart 2011 auf 8,1 Prozent oder 46 362 Personen zurückgegangen (vgl. Tabellen 2 und 3). Gegenüber 2009 mit dem Höchststand im Zeitraum zwischen 2005 und 2011 von 49 885 Empfängern von Sozialer Mindestsicherung ist die Abnahme um 3523 Personen oder 7,1 Prozent noch deutlicher ausgefallen. Gründe sind die Verringerung der Empfänger von Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zwischen 2005 und 2011 genauso wie die Abnahme der Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen. Am deutlichsten waren im genannten Zeitraum jedoch die Zahlen der Empfänger von Arbeitslosengeld II (ALG II) und die Empfänger von Sozialgeld (v. a. Kinder) rückläufig. Erhielten 2005 noch 28 678 Personen ALG II, so sind es im Jahr 2011 mit 27 068 Empfängern 1610 Personen (- 5,6 %) weniger. Gegenüber 2009 sind es sogar 3167 Personen weniger oder minus 10,5 Prozent.

Kinderarmut: 10 700 Kinder betroffen

Die Zahl der Kinder, die Sozialgeld erhalten, ist gegenüber 2005 mit damals 10 902 Kindern im Jahr 2011 mit 10 707 Kindern nur leicht um 195 oder 1,8 Prozent gesunken, aber gegenüber 2009 mit damals 11 863 Sozialgeldkindern ist der Rückgang um 1156 Kinder (- 9,7 %) sehr deutlich. Im Jahr 2011 waren in Stuttgart von den 10 707 Sozialgeldkindern rund ein Fünftel (20 %) Kleinkinder unter drei Jahren, 21 Prozent waren Kindergartenkinder zwischen drei und unter sechs Jahren, etwa ein Viertel oder 26 Prozent Grundschulkindern im Alter von sechs bis unter zehn Jahren, 29 Prozent Kinder im Alter von 10 bis unter 15 Jahren und knapp vier Prozent im Alter von 15 bis unter 18 Jahren.

Anders sieht es zahlenmäßig bei den Empfängern von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung aus. In dieser Gruppe sind die Empfängerzahlen seit 2005 Jahr für Jahr kontinuierlich angestiegen. 5754 Personen waren 2005 betroffen – 7093 Personen sind es 2011 gewesen. Das ist eine Zunahme um 1339 Empfängerinnen und Empfänger oder 23,3 Prozent innerhalb von sieben Jahren.

Tabelle 2: Empfänger von Leistungen der Sozialen Mindestsicherung in Stuttgart 2005 bis 2011 nach Leistungsarten

Leistungsart	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
	Anzahl						
Leistungen nach dem SGB II							
Empfänger ALG II	28 678	29 759	29 348	28 119	30 235	29 348	27 068
Empfänger Sozialgeld (überwiegend Kinder bis zum 15. Lebensjahr)	10 902	11 826	11 903	11 368	11 863	11 504	10 707
Leistungen nach dem SGB XII							
Empfänger HLU außerhalb von Einrichtungen	907	816	792	671	733	654	707
Empfänger Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	5 754	6 119	6 260	6 560	6 424	6 679	7 093
Empfänger Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	1 195	1 075	843	665	630	607	787
Empfänger laufende Leistungen der Kriegsopferfürsorge ¹	-	342	-	229	-	206	
Insgesamt	47 436	49 937	49 146	47 612	49 885	48 998	46 362
Nachrichtlich: Leistungsempfänger 5. - 9. Kapitel SGB XII ²	8 465	8 590	8 534	7 936	9 097	9 735	10 060

¹ Die Zahl der Leistungsempfänger von Kriegsopferfürsorge werden nur alle 2 Jahre erhoben.

² Gehören nicht zur Sozialen Mindestsicherung, sind jedoch wichtige Sozialleistungen. Die in den Kapiteln 5 bis 9 SGB XII zusammengefassten Hilfen sind: Hilfe zur Gesundheit, Eingliederungshilfe für behinderte Menschen, Hilfe zur Pflege, Hilfe zur Überwindung sozialer Schwierigkeiten und anderer.

³ Bevölkerung am Hauptwohnsitz zum 31.12.

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt

KommunIS

Tabelle 3: Empfänger von Leistungen der Sozialen Mindestsicherung in Stuttgart 2005 bis 2011 nach Leistungsarten

Leistungsart	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
	Anteil an der Gesamtbevölkerung ³						
	%						
Leistungen nach dem SGB II							
Empfänger ALG II	5,2	5,3	5,2	5,0	5,4	5,2	4,7
Empfänger Sozialgeld (überwiegend Kinder bis zum 15. Lebensjahr)	2,0	2,1	2,1	2,0	2,1	2,0	1,9
Leistungen nach dem SGB XII							
Empfänger HLU außerhalb von Einrichtungen	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Empfänger Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	1,0	1,1	1,1	1,2	1,1	1,2	1,2
Empfänger Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
Empfänger laufende Leistungen der Kriegsopferfürsorge ¹	-	0,1	-	-	-	-	
Insgesamt	8,5	9,0	8,8	8,5	8,9	8,7	8,1
Nachrichtlich: Leistungsempfänger 5. - 9. Kapitel SGB XII ²	1,5	1,5	1,5	1,4	1,6	1,7	1,8

¹ Die Zahl der Leistungsempfänger von Kriegsopferfürsorge werden nur alle 2 Jahre erhoben.

² Gehören nicht zur Sozialen Mindestsicherung, sind jedoch wichtige Sozialleistungen. Die in den Kapiteln 5 bis 9 SGB XII zusammengefassten Hilfen sind: Hilfe zur Gesundheit, Eingliederungshilfe für behinderte Menschen, Hilfe zur Pflege, Hilfe zur Überwindung sozialer Schwierigkeiten und anderer.

³ Bevölkerung am Hauptwohnsitz zum 31.12.

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt

KommunIS

Stadtbezirke

Bad Cannstatt hat absolut und relativ die größte Zahl von Leistungsempfängern

Innerhalb des Stadtgebietes der Landeshauptstadt Stuttgart gibt es auch 2011 deutliche Unterschiede in Bezug auf die Leistungsempfänger von Grundsicherung und Sozialhilfe als Teilbereich der Sozialen Mindestsicherung. Eine Übersicht auf der Ebene der Stadtbezirke liefert nachfolgende Tabelle 4. Personen, die Leistungen aus dem Asylbewerberleistungsgesetz oder aus der Kriegsopferfürsorge beziehen, sind hier allerdings nicht enthalten: Mit 7410 Leistungsempfängern und einer Kennziffer von 111 Leistungsempfängern je 1000 Einwohner hat der Stadtbezirk Bad Cannstatt absolut und relativ die größte Zahl von Leistungsempfängern aufzuweisen. Die Stadtbezirke Wangen (110 je 1000 Einwohner), Zuffenhausen (107 je 1000 Einwohner) und Mühlhausen (102 je 1000 Einwohner) weisen im äußeren Stadtgebiet die höchsten Kennziffern aus – gefolgt von den inneren Stadtbezirken Stuttgart-Ost (97 je 1000 Einwohner) und Stuttgart-Mitte (91 je 1000 Einwohner).

Diese sechs Stadtbezirke liegen auch 2011 deutlich über dem gesamtstädtischen Mittelwert von 77 je 1000 Einwohner. Fast die Hälfte (47,6 %) und damit insgesamt 21 141 Transferleistungsbezieher leben in diesen sechs Stadtbezirken. Wobei die Zahlen der betroffenen Menschen in diesen sechs Stadtbezirken deutlich variieren – zwischen 928 Empfänger von Transferleistungen von Grundsicherung/Sozialgeld/Sozialhilfe in Wangen oder 4465 Personen in Stuttgart-Ost und 7410 Leistungsempfänger im Stadtbezirk Bad Cannstatt. Die meisten Sozialgeldempfänger, also überwiegend Kinder unter 15 Jahren, wohnen in den Stadtbezirken Bad Cannstatt (1951 Kinder) und Stuttgart-Ost (1067 Kinder). Zusammen sind das 3018 von 10 707 Kindern in Armutsverhältnissen. Mehr als jedes vierte Kind (28,2 %), das von Kinderarmut bedroht ist, kommt aus einem dieser beiden Stadtbezirke.

Im Zeitvergleich der Jahre 2005 bis 2011 heben sich die Filderstadtbezirke Degerloch und Vaihingen mit den niedrigsten Werten hervor. In Degerloch sind 2011 mit 36 von 1000 Einwohnern lediglich halb so viele Menschen betroffen als im gesamtstädtischen Mittelwert von 77 Leistungsempfängern je 1000 Einwohner. In Vaihingen waren es auch nur 46 von 1000 Einwohnern.

Insgesamt beträgt die Betroffenheitsquote von Sozialer Mindestsicherung im Bundesland Baden-Württemberg (4,9 %) etwas mehr als die Hälfte des Bundesdurchschnitts (8,9 %). Die Landeshauptstadt Stuttgart (8,1 %) liegt zwar unter diesem bundesweiten Mittelwert, aber die Betroffenheitsquote ist fast doppelt so hoch wie im Land.

Degerloch und Vaihingen weisen die niedrigste Zahl an Leistungsempfängern je Einwohner auf

Tabelle 4: Leistungsempfänger von Grundsicherung und Sozialhilfe 2011 in den Stuttgarter Stadtbezirken

Stadtbezirk	Grundsicherung SGB II			SGB XII	Empfänger insgesamt	
	Bedarfs- gemeinschaften	Empfänger Arbeitslosen- geld II	Empfänger Sozialgeld ¹	Empfänger Sozialhilfe/ Grundsicherung	Personen	je 1000 Einwohner ²
Mitte	1 105	1 330	287	321	1 938	91
Nord	822	1 024	465	197	1 686	68
Ost	2 151	2 747	1 067	651	4 465	97
Süd	1 533	1 891	565	506	2 962	70
West	1 483	1 828	582	557	2 967	60
Inneres Stadtgebiet	7 094	8 820	2 966	2 232	14 018	76
Bad Cannstatt	3 377	4 589	1 951	870	7 410	111
Birkach	131	177	88	59	324	50
Botnang	359	498	248	159	905	71
Degerloch	247	330	129	115	574	36
Feuerbach	809	1 062	430	326	1 818	66
Hedelfingen	317	407	181	87	675	74
Möhringen	660	891	341	258	1 490	50
Mühlhausen	1 008	1 477	657	448	2 582	102
Münster	256	315	108	79	502	80
Obertürkheim	323	421	190	72	683	85
Plieningen	290	393	214	104	711	57
Sillenbuch	522	772	327	234	1 333	58
Stammheim	351	466	178	113	757	65
Untertürkheim	541	697	301	160	1 158	73
Vaihingen	895	1 208	509	268	1 985	46
Wangen	460	584	229	115	928	110
Weilimdorf	1 035	1 474	720	349	2 543	83
Zuffenhausen	1 766	2 406	909	503	3 818	107
Äußeres Stadtgebiet	20 441	18 167	7 710	4 319	30 196	78
Nicht zuzuordnen	67	81	31	59	171	
Stuttgart	20 508	27 068	10 707	6 610	44 385	77

¹ Überwiegend Kinder unter 15 Jahren.² Bezogen auf den Hauptwohnsitz.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Sozialamt Stadt Stuttgart

Tabelle 5: Leistungsempfänger von Grundsicherung und Sozialhilfe in Stuttgart je 1000 Einwohner in den Stuttgarter Stadtbezirken seit 2005

Stadtbezirk	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
	je 1000 Einwohner ¹						
Mitte	115	114	111	98	106	105	91
Nord	83	85	84	75	80	76	68
Ost	99	106	105	105	110	106	97
Süd	86	86	86	81	81	76	70
West	67	71	70	67	69	65	60
Inneres Stadtgebiet	87	90	89	84	88	84	76
Bad Cannstatt	113	121	116	113	120	118	111
Birkach	54	64	64	55	63	55	50
Botnang	59	70	70	69	69	71	71
Degerloch	39	43	45	39	39	38	36
Feuerbach	72	76	76	76	77	75	66
Hedelfingen	72	77	80	73	80	77	74
Möhringen	51	54	53	52	54	54	50
Mühlhausen	92	100	101	104	107	108	102
Münster	70	70	76	78	79	88	80
Obertürkheim	69	81	79	78	90	92	85
Plieningen	52	55	58	53	60	60	57
Sillenbuch	53	59	64	62	63	66	58
Stammheim	70	81	82	81	79	69	65
Untertürkheim	71	71	74	70	76	77	73
Vaihingen	48	51	50	48	50	46	46
Wangen	97	108	104	106	121	115	110
Weilimdorf	74	79	84	87	92	92	83
Zuffenhausen	108	118	117	113	118	113	107
Äußeres Stadtgebiet	76	82	82	80	84	83	78
Nicht zuzuordnen							
Stuttgart	81	85	85	82	86	84	77

¹ Bezogen auf den Hauptwohnsitz.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Sozialamt Stadt Stuttgart

Tabelle 6: Empfänger von Grundsicherung und Sozialhilfe in Stuttgart seit 2005 insgesamt

Jahr	Grundsicherung SGB II			SGB XII	Empfänger insgesamt	
	Bedarfgemeinschaften	Empfänger Arbeitslosengeld II	Empfänger Sozialgeld ¹	Empfänger Sozialhilfe/Grundsicherung	Personen	je 1000 Einwohner ²
2005	22 565	28 678	10 902	5 754	45 334	81
2006	22 146	29 759	11 826	6 119	47 704	86
2007	21 697	29 348	11 903	6 260	47 511	85
2008	20 883	28 119	11 365	6 560	46 044	82
2009	22 588	30 235	11 863	6 424	48 522	86
2010	22 082	29 348	11 504	6 679	47 531	84
2011	20 508	27 068	10 707	7 093	44 868	78

¹ Überwiegend Kinder unter 15 Jahren.
² Bezogen auf den Hauptwohnsitz.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt KomunIS

Aktuelle Diskussion um Altersarmut

Bundesweit 844 000 Grundsicherungsempfänger im Alter 65+

Im Jahr 2011 wurden bundesweit für 844 000 Grundsicherungsempfänger im Alter und bei Erwerbsminderung (Sozialhilfe SGB XII), die eine wachsende Versorgungsklasse ist, bereits 4,4 Mrd. Euro ausgegeben. 48 Prozent oder 408 000 Personen sind volljährige dauerhaft erwerbsgeminderte Menschen unter 65 Jahren. Die weiteren 52 Prozent dieser Grundsicherungsempfänger (Sozialhilfe SGB XII), also 436 000 Personen, sind 65 Jahre und älter. Das sind 2,6 Prozent derselben Altersgruppe 65+ in Deutschland, die auf Grundsicherung im Alter angewiesen ist (siehe 4. Armuts- und Reichtumsbericht, 2012, S. 355). Dies ist als Indikator die aktuelle Größenordnung der Altersarmut in Deutschland – ohne die Dunkelziffer der verschämten Altersarmut. Da Einkommensarmut heute die Altersarmut von morgen sein wird, kann das Problem in Zukunft durchaus noch größer werden, denn die zum Massenphänomen gewordenen Mini- und Midi-Jobs, Niedriglöhne (working poor) und prekäre Beschäftigungen insgesamt reduzieren die Zahlungen in die sozialen Sicherungssysteme und die Altersvorsorge massiv. Die Niedriglohngrenze liegt bundesweit bei 9,15 Euro/Stunde und trifft rund 21 bis 24 Prozent der Beschäftigten. 2010 waren das 7,9 Mio. Arbeitnehmer (siehe 4. Armuts- und Reichtumsbericht, 2012).

Daher ist die Diskussion um einen flächendeckenden angemessenen Mindestlohn auch eine Debatte um die Nachhaltigkeit der sozialen Sicherung durch gut bezahlte Erwerbsarbeit heute, damit die Folgekosten nicht späteren Generationen aufgebürdet werden. Die Option der privaten Vorsorge kann auch nur gelingen, wenn heute ausreichend Geld verdient wird, um sich diese persönliche Privatvorsorge für die Zukunft leisten zu können.

Rund zehn Prozent (41 540 Personen) der bundesweiten Grundsicherungsempfänger im Alter 65+ leben in Baden-Württemberg mit Ausgaben von rund 420 Mio. Euro im Jahr 2011 (siehe Pressemitteilungen 364/2012 und 404/2012 des Statistischen Bundesamtes). Jeder Vierte oder 10 720 der baden-württembergischen Grundsicherungsempfänger 65+ lebt in der Region Stuttgart. Vier von zehn Grundsicherungsempfängern in der Region Stuttgart wohnen in Stuttgart (4313 Personen).

*Zunahme der Altersarmut in Stuttgart
um ein Viertel*

Die Stuttgarter Zahlen zeigen eine deutliche Zunahme der Grundsicherungsempfänger (SGB XII) im Alter 65+ seit 2005 mit damals 3455 Personen auf 4313 Empfängerinnen und Empfänger zum Jahresende 2011 – eine Zunahme um 858 Personen oder + 24,8 Prozent (vgl. Tabellen 7 und 8). Damit stieg auch die Anteilsquote an der entsprechenden Altersgruppe 65+ von 3,3 Prozent im Jahr 2005 auf 4,0 Prozent im Jahr 2011. Anders ausgedrückt sind 2011 in Stuttgart 40 von 1000 Einwohnern der Altersgruppe 65+ auf Grundsicherung im Alter als Teil der Sozialen Mindestsicherung angewiesen. Oft sind es ältere Menschen, deren Rente generell nicht ausreicht oder wenn beispielsweise durch den Tod des Lebenspartners finanzielle Einbußen eintreten und die Miete für die Wohnung nicht mehr bezahlt werden kann.

Tabelle 7: Empfänger von Grundsicherung und Sozialhilfe im Alter (Altersarmut) in Stuttgart seit 2005

Jahr	Einwohner 65 Jahre und älter		Empfänger von Grundsicherung 65 Jahre und älter		
	Anzahl	in % aller Einwohner	Anzahl	in % der Einwohner 65 Jahre und älter	je 1000 Einwohner 65 Jahre und älter
2005	103 466	18,6	3 455	3,3	33
2006	105 371	18,9	3 716	3,5	35
2007	106 621	19,1	3 793	3,6	36
2008	107 221	19,1	4 004	3,7	37
2009	107 702	19,2	3 895	3,6	36
2010	107 344	19,0	4 016	3,7	37
2011	107 544	18,8	4 313	4,0	40

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt KoMuNIS

Tabelle 8: Empfänger von Grundsicherung und Sozialhilfe im Alter (Altersarmut) in der Region Stuttgart am 31.12.2011

Regionaleinheit	Empfänger insgesamt (SGB XII)	Darunter 65 Jahre und älter		
		insgesamt	außerhalb von Einrichtungen	in Einrichtungen
Stadtkreis Stuttgart	7 093	4 313	3 936	377
Landkreise				
Böblingen	2 008	1 101	983	118
Esslingen	3 280	1 655	1 396	259
Göppingen	1 635	813	759	54
Ludwigsburg	2 727	1 405	1 276	129
Rems-Murr-Kreis	2 781	1 433	1 206	227
Region Stuttgart	19 524	10 720	9 556	1 164
Baden-Württemberg	79 099	41 540	36 865	4 675

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt KomunIS

Altersarmut heute zu 58 Prozent weiblich

40 Prozent Nichtdeutsche betroffen

Fazit: Die gegenwärtige Altersarmut in Stuttgart hat seit 2005 um ein Viertel zugenommen. Altersarmut heute ist zu 58 Prozent weiblich und zu 40 Prozent sind Nichtdeutsche betroffen. Die Altersarmutsquote (Sozialhilfe im Alter) in Stuttgart liegt stadtweit bei 4,0 Prozent bezogen auf die entsprechende Altersgruppe der 65+ Generation. Im Stadtbezirk Stuttgart-Mitte liegt diese Quote mit 6,6 Prozent weit darüber, so auch in Mühlhausen mit 4,9 Prozent und in Stuttgart-West und Stuttgart-Ost mit jeweils 4,5 Prozent. Die Filderstadtbezirke Degerloch (1,7 %), Vaihingen (1,9 %) und Möhringen (2,2 %) liegen weit darunter. Wesentlich stärker betroffen sind die ausländischen Einwohner. Die Altersarmutsquoten bei den Nichtdeutschen in Stuttgarter Stadtbezirken bezogen auf die jeweiligen nichtdeutschen Einwohner 65+ liegen in diesen Stadtbezirken deutlich höher. So ist in Mühlhausen (25,5 %), in Birkach (23,5 %) und in Sillenbuch (22,8 %) jeder Vierte und in Botnang (20,4 %) jeder Fünfte der ausländischen Einwohner der 65+ Generation Bezieher/in von Grundsicherung/Sozialhilfe im Alter – also von Altersarmut bedroht. In Degerloch (3,0 %), Wangen (5,1 %) und in Obertürkheim (6,0 %) gibt es dagegen relativ die wenigsten ausländischen Altersarmutsrisikofälle.

Altersarmut wird wahrscheinlich in Zukunft deutlich zunehmen. Schon heute belasten die Ausgaben für die Grundsicherung im Alter die Haushalte der Kommunen, weshalb eine Entlastung nötig ist. Ab 2013 bezahlt der Bund 75 Prozent der Kosten der Grundsicherung im Alter und ab 2014 dann 100 Prozent zur Entlastung der kommunalen Kassen.

Autor:
Robert Gunderlach
Telefon: (0711) 216-98552
E-Mail: robert.gunderlach@stuttgart.de

Nachrichtlich:

Ein aktuell offenes Problemfeld und mögliches künftiges Thema für die Soziale Mindestsicherung, ist die sogenannte „Armutszuwanderung“. Diese ist in einem Positionspapier des Deutschen Städtetags vom 22.01.2013 und in einer Pressemitteilung vom 14.02.2013 von einzelnen Kommunen und in den Medien von Bild bis Spiegel thematisiert worden. Hintergrund ist, dass ab 01.01.2014 die uneingeschränkte Freizügigkeit in der EU auch für Rumänien und Bulgarien gilt, wodurch, so die Besorgnis, Arbeits- und Armutswanderer verstärkt nach Deutschland zuziehen könnten. Der Grund hierfür ist das enorme West-Ost-Wohlstandsgefälle innerhalb der Europäischen Union sowie politische Instabilität in diesen EU-Ländern.

Bereits heute erfolgt in der Praxis eine Zuwanderung aus diesen Ländern mit dem einfachen und legalen Verhalten sich in Deutschland (schein)selbstständig zu machen (z. B. im Schrotthandel). Das bis Ende 2013 bestehende Verbot der Freizügigkeit bezieht sich nämlich nur auf das Arbeitsverbot und nicht auch auf das Verbot von Selbständigkeit (Gewerbeanmeldung). Diese Gesetzeslücke hat dafür gesorgt, dass in einigen Städten wie Berlin, Dortmund, Duisburg oder Mannheim Arbeit suchende Menschen (z. B. Sinti und Roma, aber auch sonstige Arbeitssuchende) aus Rumänien und Bulgarien an der Straße wartend auf ein tages- oder stundenweises Jobangebot hoffen. Oder Zuwanderer aus diesen Ländern im Kleingewerbe Niedrigsteinkommen erzielen und dann mit Hartz IV aufstocken müssen. Überdies könnte durch Familiennachzug eine weitere „Armutszuwanderung“ in die deutschen Sozialsysteme mit den entsprechenden finanziellen Auswirkungen auf die Kommunen entstehen. In Stuttgart ist diese Problemlage offenbar (noch) nicht akut.

Tabelle 9: Empfänger von Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel SGB XII 2011 im regionalen Vergleich

Regionaleinheit	Ins- gesamt ¹	Und zwar ¹										Durch- schnitts- alter
		Nicht- deutsche	männlich	im Alter von ... bis unter ... Jahren				nach ausge- wählten Hilfearten ²		Ort der Hilfestellung ²		
				unter 18	18 - 40	40 - 65	65 und älter	Einglie- derungshilfe für behinderte Menschen	Hilfe zur Pflege	außerhalb von Ein- richtungen	in Einrichtungen	
Stadtkreis Stuttgart	10 060	1 446	5 297	1 235	2 198	3 331	3 296	4 264	3 694	5 197	5 560	50,5
Landkreise												
Böblingen	3 244	260	1 695	369	836	1 162	877	1 946	1 062	925	2 496	48,6
Esslingen	4 116	333	2 007	272	991	1 505	1 348	2 171	1 586	1 197	3 137	53,1
Göppingen	2 603	204	1 247	269	648	810	876	1 446	1 021	788	1 915	51,7
Ludwigsburg	3 948	304	1 961	317	989	1 391	1 251	2 108	1 526	1 091	3 081	51,9
Rems-Murr-Kreis	3 885	280	2 082	455	899	1 409	1 122	2 351	1 261	1 079	3 066	49,7
Baden-Württemberg	122 627	7 998	63 240	20 164	25 584	39 240	37 639	71 697	41 993	41 116	89 487	48,8

¹ Mehrfachzählungen sind nur insoweit ausgeschlossen, als sie aufgrund der Meldungen erkennbar waren.

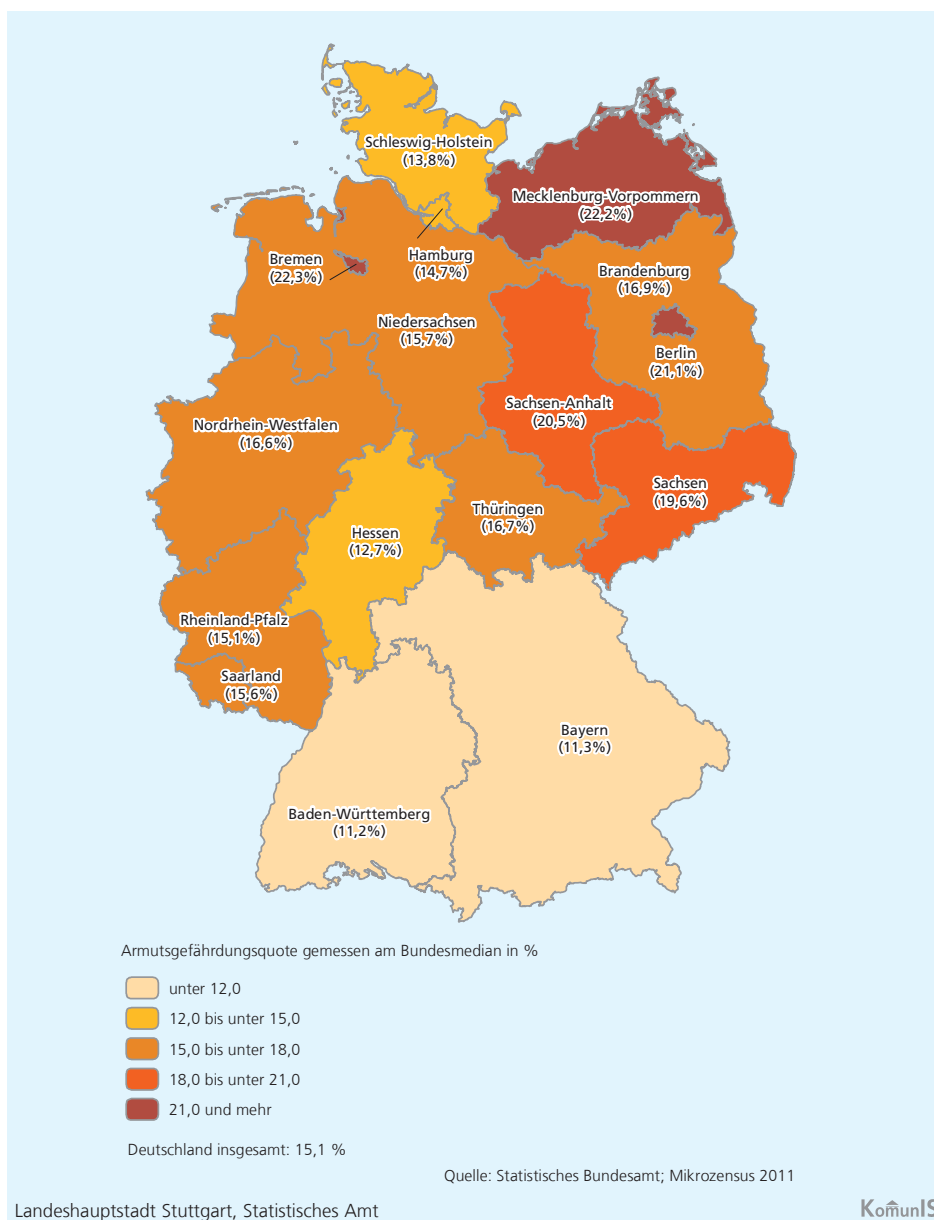
² Empfänger mehrerer verschiedener Hilfen werden bei jeder Hilfeart bzw. jedem Ort der Hilfestellung gezählt.

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt

KoMuNIS

Karte: Armutsgefährdungsquote in Deutschland 2011



Literaturverzeichnis:

4. Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung, 2012.

Bezirksamt Berlin-Neukölln: 2. Roma-Statusbericht. Entwicklung der Zuzüge von EU-Unionsbürgern aus Südosteuropa, April 2012.

Dahrendorf, Ralf: Fragmente eines neuen Liberalismus, Stuttgart 1987.

Deutscher Städtetag: Armutszuwanderung aus Südosteuropa braucht Lösungen durch Bund, Länder und EU, Pressemitteilung vom 14.2.2013.

Deutscher Städtetag: Positionspapier des Deutschen Städtetages zu den Fragen der Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien vom 22.1.2013.

Lepsius, M. Rainer: Soziale Ungleichheit und Klassenstrukturen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Lepsius: Interessen, Ideen und Institutionen, Opladen 1990.

Paritätischer Wohlfahrtsverband: Bericht zur regionalen Armutsentwicklung in Deutschland 2012.

Spiegel online 7.3.2013 (15:15 Uhr): Eine Million mal Hoffnungslosigkeit.

Statistisches Bundesamt: Sozialberichterstattung online unter www.destatis.de und diverse Pressemitteilungen.

Wehler, Hans-Ulrich: Die Neue Umverteilung. Soziale Ungleichheit in Deutschland, München 2013.